

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 07 / 30. September 2025



Mit dieser September-Ausgabe unseres Südosteuropa-Updates werfen wir wieder einen Blick auf die zentralen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region.

Wir berichten über ein neues Finanzierungsprogramm der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die Ergebnisse einer Umfrage zur Einstellung

der Bürgerinnen und Bürger zum Thema EU-Erweiterung. Diese erbrachte für Albanien sehr positive und für Serbien negative Ergebnisse. Für besonderes Aufsehen sorgt die Benennung einer künstlichen Intelligenz zum Mitglied der albanischen Regierung. Auch aus Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Rumänien und weiteren Ländern gibt es aktuelle Meldungen.

In der Rubrik Konjunktur haben wir für Sie die deutschen Handelszahlen der ersten sieben Monate des Jahres 2025 aufbereitet, die für Südosteuropa mit einem Plus von 2,3 Prozent insgesamt erfreulich ausgefallen sind. Interessante Publikationen sowie Hinweise auf die Deutsch-Rumänisch-Moldauische Wirtschaftskonferenz und weitere Termine, die Sie sich schon jetzt notieren sollten, runden auch diese Update-Ausgabe ab.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

EBRD startet Programm zur Ökologisierung von Finanzsystemen in 13 Ländern

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) hat ein neues Programm mit dem Titel „Greening financial systems: delivering climate finance for all“ gestartet. Dieses Programm stellt in 13 Ländern, darunter auch Nordmazedonien und Serbien, Finanzmittel für grüne Investitionen bereit. Im Rahmen dieser Initiative kann die Bank Gelder ihres langjährigen Partners, des Green Climate Fund (GCF), in Höhe von 200 Millionen Dollar einsetzen. Die Mittel fließen in vergünstigte Darlehen, Förderzuschüsse und technische Hilfe. Mit dem Programm sollen grüne Finanzierungen für ein breites Spektrum von Begünstigten erschwinglich und zugänglich gemacht werden, darunter Haushalte, Kleinbauern, kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) sowie Kommunen, Versorgungsunternehmen und größere Unternehmen. Mehr Informationen dazu finden Sie auf der Webseite der EBRD [hier](#).

Eurobarometer-Sonderumfrage zur EU-Erweiterung

Am 2. September hat, die Europäische Kommission die Ergebnisse einer Eurobarometer-Sonderumfrage veröffentlicht. Demnach sehen 56 Prozent der befragten EU-Bürgerinnen und Bürger eine EU-Erweiterung positiv und glauben auch, dass ihr Land davon profitieren kann. Mit rund 75 Prozent ist die Zustimmung unter den jungen Menschen in der Altersgruppe 19 bis 39 Jahre besonders groß. Umfragen wurden auch in (potenziellen) Kandidatenländern durchgeführt. In Albanien ist demnach die EU-Unterstützung mit 91 Prozent am größten. In Nordmazedonien wünschen sich 69 Prozent der Befragten einen Beitritt, dagegen ist die Unterstützung in Serbien mit 33 Prozent die geringste in der Region. Die Ergebnisse der Studien finden Sie [hier](#) auf der Webseite der Europäischen Kommission.

Albanien

Am 18. September stellte Premierminister Edi Rama die neue Regierung dem Parlament vor, dass dieses auch bestätigt hat und am 19. September von Präsident Bajram Begaj vereidigt wurde. Bereits am 11. September hatte er bei einem Treffen der Sozialistischen Partei Details zur Zusammensetzung seines neuen Kabinetts bekanntgegeben. Für besonderes Aufsehen sorgt die Benennung von „Diella“ (die Sonne) – einer künstlichen Intelligenz zum Mitglied der Regierung. BalkanInsight berichtet [hier](#). „Diella“ ist eine digitale Assistenz, die laut Rama dazu dienen soll, Korruption, Vetternwirtschaft und Interessenkonflikte bei öffentlichen Beschaffungsprozessen zu reduzieren. Ramas Sozialistische Partei gewann die Parlamentswahlen im Mai dieses Jahres mit einer großen Mehrheit von 83 von 140 Sitzen. Zudem hat Rama den Bürgermeister von Tirana Erion Veliaj entlassen. Veliaj war bereits im Februar wegen Korruption und Geldwäsche verhaftet worden. Rama kündigte Neuwahlen für das Bürgermeisteramt an. BalkanInsight berichtet [hier](#). Über die Vereidigung der Regierung berichtet European Western Balkans [hier](#).

Bosnien und Herzegowina

Wie BalkanInsight am 23. August berichtet, hat das Parlament der Republika Srpska mit den Stimmen der Dodik-Partei für ein Referendum gestimmt, das die Verurteilung des ehemaligen

Präsidenten Milorad Dodik aufheben soll. Die Opposition boykottierte die Abstimmung. Das Referendum, das nicht rechtlich binden wäre, soll demnach am 25. Oktober stattfinden. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Am 18. August hat die Zentrale Wahlkommission in Bosnien und Herzegowina den Einspruch von Milorad Dodik bezüglich der Widerrufung seines Mandates abgelehnt. Somit ist er formal nicht mehr der Präsident der Republika Srpska (RS). Dodik war bereits Anfang August von der Wahlkommission vorläufig seines Amtes enthoben worden, nachdem er die Umsetzung von Entscheidungen des Hohen UN-Repräsentanten blockiert hatte. Ein Gericht verurteilte ihn zudem zu einem sechsjährigen Ämterverbot und einer einjährigen Haftstrafe. Letztere konnte Dodik durch die Zahlung einer Geldstrafe abwenden. Dodik hatte bereits angekündigt, die Entscheidung der Kommission zu seiner Amtsenthebung durch ein Referendum anfechten zu wollen. Zuletzt war der Ministerpräsident der Republika Srpska, Radovan Viskovic, zurückgetreten, um die Wahl einer neuen Regierung zu ermöglichen. Die Zeit berichtete am 18. August [hier](#) und European Western Balkans berichtete am 19. August [hier](#).

Bulgarien

Wie das bulgarische Energieministerium am 17. September bekannt gab, unterzeichneten der bulgarische Energieminister Zhecho Stankov und der US-Energieminister Chris Wright eine gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Umsetzung innovativer ziviler Nukleartechnologien. Demnach will Bulgarien US-Expertise für eine Machbarkeitsstudie zur Bewertung von Standorten für kleine modulare Reaktoren nutzen. Die US-Handels- und Entwicklungsagentur hat bereits ihre Bereitschaft angekündigt, Mittel für die Überprüfung verschiedener kleiner modularer Reaktortechnologien bereitzustellen, um Varianten zu ermitteln, die sich am besten für die Bedingungen in Bulgarien eignen. CEENERGY NEWS berichtet [hier](#).

Unterdessen steht die bulgarische Regierungskoalition weiter unter Druck. Am 3. September hat die Opposition am ersten Sitzungstag nach den Parlamentsferien das inzwischen fünfte Misstrauensvotum seit der Koalitionsbildung im Januar 2025 gegen die Regierung eingereicht. BalkanInsight berichtet [hier](#). Wie Reuters [hier](#) berichtet, erreichte der Antrag am 18. September im Parlament nicht die notwendige Mehrheit und wurde angelehnt.

Kosovo

Die US-Botschaft in Pristina hat am 12. September angekündigt, den geplanten strategischen Dialog mit Kosovo auf unbestimmte Zeit auszusetzen. Der Strategische Dialog ist ein Instrument der US-Außenpolitik, um bilaterale Beziehungen zu vertiefen und umfasst Gespräche zu Themen wie Verteidigung, Sicherheit, Umwelt, Energie und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Laut der US-Botschaft hätten jüngste Maßnahmen und Aussagen der Übergangsregierung unter Premierminister Albin Kurti zu politischen Spannungen und Instabilität geführt, welche eine produktive Zusammenarbeit behinderten. Um welche Aussagen und Maßnahmen es dabei genau ging, wurde nicht näher spezifiziert. Die US-Botschaft stellte jedoch in Aussicht, den Dialog zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufnehmen zu können. European Western Balkans berichtet [hier](#) und BalkanInsight berichtet [hier](#).

Am 26. August hat das kosovarische Parlament nun Dimal Basha, einen Abgeordneten der Partei Vetevendosje, zum Parlamentssprecher gewählt. Doch der seit Monaten anhaltende politische Stillstand ist noch nicht vorbei. Das Parlament hat noch keinen stellvertretenden Parlamentssprecher der serbischen Gemeinschaft gewählt, wie es die Verfassung vorschreibt. Dennoch hat Basha das Parlament am 30. August für konstituiert erklärt. Daraufhin hat die serbisch unterstützte Partei Srpska Lista eine Beschwerde eingelegt, welche nun vom Verfassungsgericht geprüft wird. Bis zum 30. September bleibt es dem Parlament nun untersagt, weitere Schritte in der Regierungsbildung einzuleiten. Über die Wahl des Parlamentssprechers berichtet BalkanInsight [hier](#) und European Western Balkans [hier](#) und über das Urteil des Verfassungsgerichts berichtet BalkanInsight [hier](#).

Die derzeitige Liberalisierung des Energiemarkts in Kosovo stellt sowohl lokale als auch ausländische Unternehmen vor Herausforderungen. Seit dem 1. Juni 2025 müssen Firmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden oder einem Jahresumsatz von über zehn Millionen Euro ihren Strom auf dem freien Markt erwerben. Viele Unternehmen haben jedoch keinen Vertrag mit einem Anbieter abgeschlossen und wurden daher vom Netz getrennt. Laut der Allianz der kosovarischen Unternehmen (AKB) sind über 200 Firmen betroffen. Prishtina Times berichtet [hier](#).

Montenegro

Die Europäische Kommission hat am 28. August die erste Zahlung von 10,2 Millionen Euro an Montenegro im Rahmen des „Growth Plan for the Western Balkans“ genehmigt. Davon wurden 4,7 Millionen Euro als Darlehen ausgezahlt, während 5,5 Millionen Euro für Infrastrukturprojekte im Rahmen des Western Balkans Investment Framework (WBIF) vorgesehen sind. Montenegro erhält zudem eine 24-monatige Fristverlängerung für die Implementierung von bereits laufenden Reformen. Weitere Information finden Sie auf der Webseite der Europäischen Kommission [hier](#) und European Western Balkans berichtet [hier](#).

Rumänien

Die Regierung hat am 7. September vier Misstrauensvoten der Opposition überstanden und kann damit ihr umstrittenes Sparpaket umsetzen, das Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen beinhaltet. Ziel ist es, das Haushaltsdefizit bis 2026 auf bis zu sechs Prozent der Wirtschaftsleistung zu senken und somit EU-Fördermittel zu sichern und öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Trotz des Erfolgs im Parlament bleibt das Bündnis fragil. Es drohen Streiks sowie mögliche Anfechtungen vor dem Verfassungsgericht. Reuters berichtet [hier](#).

Rumänien wird mit einem Darlehen in Höhe von fast 17 Milliarden Euro im Rahmen des neuen SAFE-Programms (Security Action for Europe) der EU unterstützt. Die Mittel werden für die Modernisierung der militärischen Ausrüstung und zum Ausbau der Verteidigungsindustrie bereitgestellt. Das Programm bietet günstige Konditionen, darunter eine Laufzeit von bis zu 45 Jahren und eine zehnjährige tilgungsfreie Phase. Finanzminister Alexandru Nazare betont, dass die Finanzierung ohne zusätzliche Belastung des nationalen Haushalts erfolgt und die Sicherheit der Bürger stärkt. SeeNews berichtet [hier](#).

Rumänien vergibt Zuschüsse in Höhe von insgesamt 34 Millionen Euro an den Autoteilehersteller DRM Drăxlmaier Romania Systeme Electrice und den Automobilhersteller

Dacia. Beide Projekte werden durch das Förderprogramm HG 300/2024 unterstützt, das bis 2026 insgesamt rund 450 Millionen Euro für regionale Entwicklung bereitstellt. Romania Insider berichtet [hier](#).

Serbien

Wegen des Einsturzes eines Betonvordachs am Bahnhof Novi Sad im November 2024 hat die Staatsanwaltschaft am 16. September eine überarbeitete Anklage gegen den ehemaligen Bau-, Verkehrs- und Infrastrukturminister Goran Vesic sowie zwölf weitere Personen eingereicht. Das Unglück hatte 16 Todesopfer zur Folge und löste landesweite Proteste aus. Den Angeklagten wird vorgeworfen, den Bahnhof trotz laufender Bauarbeiten und fehlender Genehmigungen freigegeben, Sanierungsarbeiten versäumt und somit die öffentliche Sicherheit gefährdet zu haben. Bereits am 1. August kam es in diesem Zusammenhang zu Verhaftungen von ehemaligen serbischen Regierungsbeamten, denen Korruption vorgeworfen wird (siehe [OA-Update Südosteuropa 06](#)). Die Staatsanwaltschaft fordert Untersuchungshaft für alle Angeklagten. BalkanInsight berichtet [hier](#) und die Zeit [hier](#).

Unterdessen halten die Proteste weiter an. Im August kam es vermehrt zu gewaltsamen Ausschreitungen gegen die Demonstrierenden. Anfang September gab es große Kundgebungen und Gedenkmärsche in Städten wie Belgrad, Kragujevac und Novi Sad, um der Opfer zu gedenken.

Am 3. September fand in Peking eine Militärparade zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs statt. Zu den Gästen gehörten unter anderem der serbische Präsident Aleksandar Vucic und der slowakische Premierminister Robert Fico, die diesen Anlass für ein Gespräch mit dem ebenfalls geladenen russischen Präsidenten Wladimir Putin zu nutzten. Vucic betonte die enge Zusammenarbeit mit Russland und verteidigte Serbiens Haltung, keine Sanktionen gegen Moskau zu verhängen, trotz des laufenden EU-Beitrittsprozesses. BalkanInsight berichtet [hier](#).

Ab dem 1. September 2025 ist in Serbien die Verordnung zur Begrenzung von Gewinnmargen in Kraft. Damit werden die Gewinnmargen auf Konsumgüter im Einzel- und Großhandel auf maximal 20 Prozent für zunächst sechs Monate begrenzt. Damit sollen die Inflation bekämpft und die Lebenshaltungskosten gesenkt werden. Das ESM Magazine berichtet [hier](#) und Reuters berichtet [hier](#).

Darüber hinaus hat die serbische Regierung am 9. September angekündigt, den Mindestlohn ab dem 1. Januar 2026 um 10,1 Prozent auf 64.554 Dinar (etwa 551 Euro im Monat) zu erhöhen. Bereits im Oktober 2025 wird es eine Erhöhung um 9,4 Prozent geben. Die Maßnahme betrifft etwa 90.000 Menschen in Serbien, die für den Mindestlohn arbeiten. SeeNews berichtet [hier](#).

Weiterhin ungeklärt ist die Umsetzung der US-amerikanischen Sanktionen gegen Nafta Industrija Srbije (NIS), einem mehrheitlich dem russischen Unternehmen Gazprom Neft gehörenden Ölkonzern. Wie Reuter am 28. September [hier](#) berichtet, hat das U.S. Treasury's Office of Foreign Assets Control (OFAC) einen Aufschub von 45 Tagen gewährt. Hintergründe zu den amerikanischen Sanktionen finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 03](#).

Handelszahlen Januar bis Juli 2025

Der Ost-Ausschuss hat die deutschen Handelszahlen von Januar bis Juli 2025 für seine Zielländer ausgewertet. Wir haben hier für Sie speziell die Daten für die Länder Südosteuropas zusammengestellt: Der Warenaustausch Deutschlands mit der Region erreichte in diesem Zeitraum ein Volumen von fast 58 Milliarden Euro und stieg damit um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Pressemitteilung sowie die Statistiken zu allen 29 Ost-Ausschuss-Ländern finden Sie [hier](#).

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg. über Vorjahr		
	Jan-Jul 2025	Jan-Jul 2024	Jan-Jul 2025	Jan-Jul 2024	Jan-Jul 2025	Jan-Jul 2024	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	24.945.757	25.084.370	11.574.428	11.867.771	13.371.329	13.216.599	-2,5	1,2	-0,6
Slowenien	9.223.996	8.387.209	4.592.397	4.161.544	4.631.599	4.225.665	10,4	9,6	10,0
Bulgarien	7.114.984	7.315.909	3.532.137	3.843.497	3.582.847	3.472.412	-8,1	3,2	-2,7
Serbien	6.017.337	5.530.506	3.162.598	2.682.648	2.854.739	2.847.858	17,9	0,2	8,8
Kroatien	5.202.241	4.778.046	1.634.586	1.439.243	3.567.655	3.338.803	13,6	6,9	8,9
Nordmazedonien	2.730.127	3.002.577	1.952.970	2.121.214	777.157	881.363	-7,9	-11,8	-9,1
Bosnien und Herzegowina	1.598.984	1.512.735	810.096	717.474	788.888	795.261	12,9	-0,8	5,7
Albanien	416.083	389.248	137.767	125.555	278.316	263.693	9,7	5,5	6,9
Kosovo	326.016	294.310	61.747	56.071	264.269	238.239	10,1	10,9	10,8
Montenegro	157.060	144.281	15.887	21.689	141.173	122.592	-26,8	15,2	8,9
WB-6 Handel	11.245.607	10.873.657	6.141.065	5.724.651	5.104.542	5.149.006	7,3	-0,9	3,4
Südosteuropa Handel	57.732.585	56.439.191	27.474.613	27.036.706	30.257.972	29.402.485	1,6	2,9	2,3
Deutscher Handel Gesamt	1.721.513.800	1.686.476.987	800.164.939	766.274.812	921.348.861	920.202.175	4,4	0,1	2,1

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025; Stand: 08.09.2025; Berechnungen des Ost-Ausschusses



Abschluss nach über 20 Jahren: Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für den Westlichen Balkan

Nach über 20 Jahren wird das Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans zum Ende des Jahres 2025 beendet. Das Programm wurde 2003 vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) als Reaktion auf die Ermordung des ersten demokratisch gewählten Premierministers Serbiens, Zoran Djindjic, ins Leben gerufen. Seither gilt es als gemeinsames Leuchtturmprojekt der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft und wurde vom Ost-Ausschuss kontinuierlich umgesetzt.

Seit seiner Gründung hat das Programm mehr als 1.100 Nachwuchskräften aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien die Chance eröffnet, durch Praktika in führenden deutschen Unternehmen wertvolle Erfahrungen zu sammeln. Viele von ihnen haben heute Schlüsselpositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft inne und wirken als Brückenbauer zwischen Deutschland und ihrer Heimatregion. Damit ist das Programm zu einem echten Leuchtturmprojekt für europäische Integration, wirtschaftliche Kooperation und die Förderung einer neuen Generation von Verantwortungsträgern geworden.

Mit dem 22. Jahrgang endet nun eine Erfolgsgeschichte, die weit über die einzelnen Stipendien hinausreicht. Der Ost-Ausschuss dankt allen, die diesen Weg mitgestaltet haben: den Stipendiatinnen und Stipendiaten, den zahlreichen Unternehmen, die ihre Türen geöffnet haben, der GIZ und dem BMZ sowie den engagierten Projektteam im Ost-Ausschuss, der Zoran Djindjic Stiftung in Belgrad und dem Büro in Tirana. Ihr Einsatz hat dieses Programm über zwei Jahrzehnte zu einem Symbol für Vertrauen, Partnerschaft und Zukunftsgestaltung gemacht.

Das offizielle Statement des Ost-Ausschusses finden Sie [hier](#).

Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa am 19. September 2025

Im Berliner Büro von SAP über den Dächern der Eurocity am Hauptbahnhof tagte heute der Arbeitskreis Südosteuropa im Ost-Ausschuss. Geleitet wurde die hybride Sitzung, an der Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsunternehmen, AHKs und dem Bundeswirtschaftsministerium teilnahmen, von AK-Sprecher Christoph Beek (ProCredit Bank AG). Im Mittelpunkt standen die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den zehn Ländern Südosteuropas, die vor individuellen Herausforderungen stehen. So ist in Bulgarien die bevorstehende Euro-Einführung das dominierende Thema, während Rumänien vor großen fiskalischen Herausforderungen steht. In den Ländern des Westlichen Balkans, die sich auf dem Weg der EU-Integration befinden, erschweren teils innenpolitische Entwicklungen den Annäherungsprozess. Die im Oktober anstehenden Fortschrittsberichte der EU, sowie die Formate im Rahmen des Berlin Prozesses, die in diesem Jahr unter britischer Federführung organisiert werden, dürften hier weitere Fingerzeige geben. Die deutsche Wirtschaft investiert weiter in Südosteuropa, wenn sich auch die Investitionsschwerpunkte teils verschieben – etwa von Produktion zu Logistik. Dabei haben auch außereuropäische Investoren etwa aus China die Region längst im Blick. Der Ost-Ausschuss wird die deutschen Aktivitäten im Südosten Europas in den kommenden Monaten mit Konferenzen und Delegationsreisen nach Kroatien und Bulgarien intensiv unterstützen. [Hier](#) finden Sie den Post auf LinkedIn.



Insights to Doing Business in South Eastern & Eastern Europe bei ProCredit in Frankfurt

Am 10. September lud die ProCredit Bank Deutschland mit Unterstützung des Ost-Ausschusses zur zweiten Ausgabe des „Insights to Doing Business in South Eastern & Eastern Europe“ ein. Ziel war es im Gespräch mit Vertretern Klein- und Mittelständischer Unternehmen (KMU) und institutionellen Akteuren die Märkte der Region vorzustellen und Geschäftsmöglichkeiten zu erörtern. Anja Quiring, Regionaldirektorin Südosteuropa, brachte den Blick des Ost-Ausschusses auf die Region und Rumänien im Besonderen in die Paneldiskussion ein. Wir verlinken [hier](#) auf den LinkedIn Post der Kollegen der ProCredit Bank Deutschland.

Kommende Veranstaltungen

- **8. Oktober: „Rumänien & Bulgarien – Wachstum. Dynamik. Zukunft“** in der IHK für München und Oberbayern. Der Ost-Ausschuss unterstützt diese Veranstaltung als Partner. Informationen zur Anmeldung und zum Programm finden Sie [hier](#) auf der Seite der IHK für München und Oberbayern.
- **10. Oktober: 8th German–East European Health Forum “Strong Health Systems for Welfare and Economic Growth”, Berlin**
Eine gemeinsame Veranstaltung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der GHA – German Health Alliance. Informationen zu den Anmeldemöglichkeiten und dem Veranstaltungsort finden Sie [hier](#) auf unserer Webseite.
- **27. November: German-Romanian-Moldovan Business Conference: Strengthening Partnerships – Turning Challenges into Opportunities.**
Eine gemeinsame Veranstaltung der AHK Rumänien mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Tipps & Links

- Die Südosteuropa-Gesellschaft e.V. hat am 13. August die dritte Folge ihres Podcasts veröffentlicht. Das Thema ist der Einfluss der Türkei auf die Länder des Westlichen Balkans. Den Link zur Folge finden Sie [hier](#).
- Die DGAP hat am 11. September ein Memo veröffentlicht, dass sich mit den aktuellen politischen Entwicklungen in Serbien befasst und Deutschland dazu auffordert, einzuschreiten. Sie können es auf der Webseite der DGAP [hier](#) herunterladen.
- Am 4. September veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Länderbericht zu Albanien, der sich mit dem Stand der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit des Landes auseinandersetzt. Sie finden ihn auf der Webseite der Stiftung [hier](#).
- Das German Economic Team veröffentlichte in der September-Ausgabe ihres Newsletters ein Policy-Briefing, der die Vorteile einer SEPA-Mitgliedschaft Nordmazedoniens aufzeigt. Das Briefing finden Sie auf der Webseite des GET [hier](#).
- Am 26. August veröffentlichte BalkanInsight ein Interview des ehemaligen CIA-Geheimdienstanalysten Richard Andrew Hall aus Anlass des Todes des ersten postkommunistischen Präsidenten Rumäniens Ion Iliescu. BalkanInsight berichtet [hier](#).
- Am 17. Juli veröffentlichte der Thinktank Bruegel eine Analyse mit dem Titel „Wirtschaftliche Konvergenz, Demografie, Arbeitsmärkte: Welche Fortschritte haben die EU-Kandidatenländer erzielt?“. In dieser Analyse werden Einkommens-, demografische und Arbeitsmarktindikatoren für EU-Beitrittskandidaten, darunter auch die Länder des Westlichen Balkans, untersucht. Die Ergebnisse finden Sie [hier](#).
- Das Team des EU-finanzierten Projekts ARCADIA hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die Klimaanpassungsstrategien der Länder Bulgarien, Rumänien und Slowenien verglichen sowie Herausforderungen und Chancen aufgezeigt. Sie können ihn auf der Webseite der Europäischen Kommission [hier](#) downloaden.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWW\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Antje Müller

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
für die Länder des Westlichen Balkans

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.

T. +49 30 206167-137

a.mueller@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

